

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!



KPÖ informiert:
GRAZ
www.kpoe-graz.at

Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 22. April 2010

GRÜNANGER: Heimgärten im Visier

„Schön langsam kommen traurige Wahrheiten im Zusammenhang mit dem Murkraftwerk ans Tageslicht. Sie bestätigen die kritische Haltung der Grazer KPÖ zu diesem Vorhaben von ESTAG und Verbund.“

Das erklärte die Grazer **Wohnungsstadträtin Elke Kahr** am 22. April zum Plan, dass 14 Heimgärten am Grünanger dem Kraftwerk weichen sollen. **Gemeinderätin Gerti Schloffer** forderte die Stadt Graz

auf, alle Heimgärten in Grünanger zu erhalten. Elke Kahr: „Wir werden alles tun, was in unserer Kraft steht, damit der Grünanger erhalten bleibt. Schon einmal hat eine Koalition der Vernunft die



Gemeinderätin Gerti Schloffer KPÖ-Bezirkssprecher Max Korp

Gemeindesiedlung am Grünanger vor dem Abriss

gerettet. Heute ist man froh, dass diese Holzhäuser im Grünen bewahrt werden konnten.

Wenn jetzt Technokraten darangehen, die Erholungsoase von Grazerinnen und Grazern anzutasten, die sicherlich nicht begütert sind, dann zeigt das eine Reißbrettmentalität, die man nur verurteilen kann.“

Der **Liebenauer KPÖ-Bezirkssprecher Max Korp** erinnert daran, dass die Anlage am Grünanger ohnehin das **Ersatzgartenland für die obere Bahnstraße** darstellt: Wir haben schon einmal umziehen müssen. Jetzt will man auch hier Heimgärten vernichten, die mit sehr viel Liebe gepflegt werden.“

Essensbeiträge im Kindergarten

Erst im Vorjahr wurden die Essensbeiträge in den Kinderbetreuungseinrichtungen empfindlich erhöht, und zwar von 1,82 auf 2,85 Euro pro Essen. Der Gemeinderat hat nun eine weitere



Erhöhung um 10 Cent auf 2,95 Euro beschlossen werden. Die KPÖ stimmte dagegen. „Immer deutlicher treten die ersten Vorböten der einschneidenden Belastungen der Grazerinnen und Grazer zutage, welche die von Schwarz/Grün verschuldeten Einschränkungen im Rah-

men von „Haus Graz“ den Grazerinnen und Grazern noch bereiten werden. Die Einbeziehung der Infrastrukturkosten in die Essensbeiträge sind darin begründet“, macht Gemeinderat Christian Sikora deutlich.

Bald werden die reinen Essensbeiträge so viel ausmachen wie die Elternbeiträge vor Einführung des „Gratiskindergartens“. Ich sehe darin eine schleichende Wiedereinführung von Kindergartenbeiträgen, versteckt hinter Kosten für Essen und Infrastruktur“, so Sikora.

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat am 22. April 2010

Glücksspiel: Die Scheinheiligen

Als scheinheilig bezeichnet KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch die Vorgangsweise von ÖVP und SPÖ in Sachen „Kleines Glücksspiel“. Die beiden Parteien haben ganz im Sinne der Bundesregierung im Grazer Gemeinderat die KPÖ-Initiative zum Verbot des Kleinen Glücksspiels in der Steiermark abgewürgt und durch einen gemeinsamen Ergänzungsantrag in sein Gegenteil verkehrt.

Fabisch stellte in seinem Dringlichkeitsantrag klar, dass laut Gesetzentwurf der zulässige Höchsteinsatz pro Spiel von 50 Cent auf 10 Euro (in Automatensalons) beziehungsweise von 50 Cent auf 1 Euro (bei Einzelautomaten) erhöht werden soll. Ein Spiel braucht künftig nur eine Sekunde zu dauern. Diese Kombination führt dazu, dass innerhalb von Minuten mehrere Monatslöhne verspielt werden können. Laut offiziellem Suchtbericht des Landes Steiermark gibt es zwischen

60.000 und 80.000 direkt oder indirekt Betroffenen in unserem Bundesland. Der KPÖ-Mandatar: „Wenn das zum Gesetz wird, müsste die Steiermark das Kleine Glücksspiel verbieten. Es bleibt nämlich in der Kompetenz des Landes - und Salzburg, Tirol und Vorarlberg haben schon angekündigt, diesen Weg zu gehen.“

Das Stimmverhalten von ÖVP und SPÖ hat aus Sicht der KPÖ auch damit zu tun, dass sehr viele Personen in diesen Parteien auf das Engste mit Glücksspielkonzernen verbunden sind. Johannes Hahn (VP) war Vorstandsdirektor von Novomatic und Hannes Androsch (SPÖ) sitzt im Aufsichtsrat.



Maklerprovisionen senken!

Eine Senkung der Maklerprovisionen von 3 auf 2 Monatsmieten forderte Gemeinderätin Uli Taberhofer.

Immer mehr Menschen scheitern auf der Suche nach einer Mietwohnung bereits an den Einstiegskosten. Dazu zählen neben der Vergütung der Mietverträge und Kautionen die Provisionen der Immobilienmakler.

Im letzten Monat stellte die Arbeiterkammer fest, was viele Österreicherinnen und Österreicher, viele Grazerinnen und Grazer, die eine Mietwohnung suchen, aus leidvollen Erfahrungen schon lange wissen:

Die Provisionen der Immobilienmakler sind viel zu hoch. Sie sind nicht nur zu hoch, sie sind die höchsten in ganz Europa! Während beispielsweise die Provision für Mietwohnungen in Deutschland höchstens zwei Nettomonatsmieten betragen darf, sind es in Österreich drei Bruttomonatsmieten.



Weitere Initiativen der KPÖ

Schließung der Lücken des Radweges nach Thal (Christian Sikora)

Kapellenstraße Ecke Kärntnerstraße - Errichtung eines Halte- und Parkverbotes (Christian Sikora)

Beleuchtung an der Bushaltestelle „Goethestraße“ (Andreas Fabisch)

Brucknerstraße: Neues Wohnen



In der Brucknerstraße sollen 22 Gemeindefamilienwohnungen im Übertragungswohnbau errichtet werden. Der Gemeinderat gab am Donnerstag „Grünes Licht“ für dieses Vorhaben. Damit kommen die Stadt Graz und Wohnungsstadt-

rätin Elke Kahr ihrem Ziel, neuen Wohnraum zu schaffen, wieder ein Stück näher. Diese Siedlung soll die architektonischen Potenziale der Holz-Massivbauweise umsetzen. Elke Kahr: „Kostengünstiges, ökologisches und modernes Wohnen. Das ist unser gemeinsames Ziel. In diesem konkreten Fall gibt es auch eine sehr gute Kooperation mit der Wohnbauabteilung des Landes.“

Augartensauna nicht abreißen!

Die Änderung des Flächenwidmungsplanes, welche die jetzige Augartensauna betrifft, liegt zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Zahlreiche Freundinnen und Freunde dieser Sauna wollen Einwendungen dagegen einbringen.

Sie haben aber eine Befürchtung. Rein rechtlich verhindert das derzeit laufende Verfahren nicht den Abriss des Gebäudes, in dem sich die Sauna befindet.

Deshalb forderte GR Christian Si-

kora den Bürgermeister auf, einen Abriss des Gebäudes vor einem rechtsweisen Beschluss über die Änderung des Flächenwidmungsplanes zu verhindern.



2 Millionen Euro



Die Stadt Graz hat an den Handel über 2,4 Millionen Euro an Getränkesteuer zurückgezahlt. Das gab Stadtrat Rüschoff auf Anfrage von Klubobfrau Ina Bergmann bekannt. Dieses Geld fehlt im Budget. Schuld ist die EU, welche die Getränkesteuer aufgehoben hat. Bier ist seither aber nicht billiger geworden, weil der Handel diesen Vorteil nicht weitergegeben hat. Jetzt wackeln auch noch die Ausgleichszahlungen des Bundes.

Verdrehte Telefonzellen

Auf den bedenklichen Zustand vieler Telefonhäuschen vor allem in den äußeren Bezirken von Graz wies GR Andreas Fabisch hin. Mangelnde Reinigungen wirken alles andere als zur Benützung einladend. Neben verschmutzten Apparaten, Wänden und Böden vertreiben technische Defekte die letzten möglichen Kunden.

Fabisch: „Nicht jedermann hat ein Handy bei sich, viele ältere Leute möchten bewusst kein Mobiltelefon benützen, so mancher kann es sich nicht leisten. Sie alle sind auf funktionierende Telefonzellen angewiesen.“



Sozialhilferechner Steiermark

Haben Sie Anspruch auf Sozialhilfe? Überprüfen Sie Ihre Ansprüche mit dem neuen Sozialhilferechner der KPÖ unter <http://www.sozialhilferechner.at>

Eine Idee von LAbg. Claudia Klimt-Weithaler



Aus dem Grazer Gemeinderat:
Exklusive Information aus erster Hand!



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

KPÖ wirkt!
GRAZ
www.kpoe-graz.at